

Gesine Schwan
Einigkeit und Recht und Freiheit.
Wie wir in Zukunft leben wollen
Paulskirche, Frankfurt am Main, 26.4.2009

I. Einleitung

„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland
Danach lasst uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand.
Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand;
Blüh' im Glanze dieses Glückes, blühe deutsches Vaterland!“

Es hat lange gedauert bis wir Deutschen den Text unserer Nationalhymne flüssig und ohne ungute Gefühle singen konnten. Manche mögen sich an den 10. November 1989 erinnern, den Tag nach der Maueröffnung, als auf den Stufen des Schöneberger Rathauses Willy Brandt, Helmut Kohl und Walter Momper vor der versammelten Menge die Hymne spontan anstimmten. Ein kräftiger Gesang erwuchs daraus damals nicht. Den Durchbruch erlebte die Hymne als Lied des wiedervereinigten Deutschlands erst ein Jahr später, als die deutsche Mannschaft bei der Fußball-WM 1990 in Italien siegte. 2006, bei der einzigartig friedlichen und freudvollen Weltmeisterschaft in Deutschland wurde sie dann ganz selbstverständlich bei jeder Gelegenheit gesungen, was auch im Ausland vorbehaltlos akzeptiert wurde.

II. Drei Anläufe: Geschichte der deutschen Nationalhymne

Dabei ist das Hoffmann-von-Fallersleben-Lied schon lange die Nationalhymne der Deutschen. Doch jahrzehntelang war sie ein umkämpfter Ort, aufgeladen mit unterschiedlichen Deutungen und Erwartungen und weit davon entfernt, ein Lied aller Deutschen zu sein.

Das galt für die Zeit nach 1945. In Westdeutschland gab es heftigen und durchaus nachvollziehbaren Widerstand dagegen, das alte Deutschland-Lied als Nationalhymne der neu gegründeten Bundesrepublik wieder einzuführen. Und in der DDR kam dies schon gar nicht in Frage. Im Verbund mit dem Horst-Wessel-Lied hatte das Deutschland-Lied im Zweiten Weltkrieg die nationalsozialistische Politik der mörderischen Zerstörung und Erniedrigung musikalisch orchestriert. „Deutschland, Deutschland über alles“, die erste Strophe des Liedes – das konnte nach 1945 nicht mehr gesungen werden. Der erste Bundespräsident Theodor Heuss wandte sich entschieden gegen die Wiedereinführung des Deutschland-Liedes, konnte sich aber gegen Konrad Adenauer nicht durchsetzen. Dieser ließ sie in einer Art Handstreich im Berliner Titania Palast einfach anstimmen und führte sie damit praktisch erneut ein. Er habe, so sagte Heuss damals resigniert, die Traditionsverhaftetheit der Deutschen unterschätzt.

Aber die Hymne gewann dennoch keine wirkliche Popularität, zumal die allein zugelassene dritte Strophe weitgehend unbekannt war. In den fünfziger Jahren sangen viele Westdeutsche – politisch provokant – einfach die erste Strophe weiter und störten sich offenbar nicht an der Kontinuität zum Nationalsozialismus. Im Übrigen gab es ja kein einiges Deutschland mehr. Für die DDR dichtete Johannes R. Becher eine neue Hymne mit der Musik von Hanns Eisler, die aber auch seit den siebziger Jahren „verstummte“, weil die darin enthaltene Zeile „Deutschland einig Vaterland“ der DDR Führung im Lichte der dauerhaft angestrebten Zweistaatlichkeit nicht mehr zeitgemäß erschien.

Weit weniger bekannt ist, dass die Einführung des Deutschland- Liedes zu Beginn der Weimarer Republik ähnlich zögerlich und unschlüssig verlief. Peter Reichel, ein großer Kenner der politischen Ästhetik, beschreibt das anschaulich in seiner „Kleinen Geschichte deutscher Nationalsymbole“. Das schon im Kaiserreich weithin bekannte Fallersleben-Lied, das bislang eher der Demokratiebewegung des Vormärz zugerechnet wurde, erfuhr im November 1914 eine radikale Umdeutung. Denn da berichtete die Oberste Heeresleitung, dass die vielen tausend jungen deutschen Kriegsfreiwilligen, die bei Langemarck sinnlos und in wohlgeordneten Kolonnen in die Maschinengewehrgarben der Briten marschierten, mit den Worten „Deutschland, Deutschland über alles“ auf den Lippen gestorben seien. Der propagandistisch geschürte Langemarck-Mythos, der das heroische Bild der opferbereiten „singenden Helden“ beschwor und für die antirepublikanische Rechte der Weimarer Republik zur Ikone wurde, bescherte dem Fallersleben-Lied eine chauvinistische, aggressivnationalistische Umdeutung.

Trotz dieser politischen Belastung entschieden sich in der Weimarer Republik so überzeugte Republikaner wie die Zentrums Politiker Konstantin Fehrenbach, Johann Koch und der Sozialdemokrat Wilhelm Sollman nach erheblichem Zögern schließlich doch für das Fallersleben-Lied als Nationalhymne, weil sie populärer war als die in Frage kommenden Alternativen. Wie fünfundzwanzig Jahre später nach dem Zweiten Weltkrieg unterstrichen sie dabei angesichts des chauvinistischen Missbrauchs des Deutschland-Liedes durch die antirepublikanischen Nationalisten die Notwendigkeit eines entschiedenen politischen Neuanfangs. 1922, in der emotionalen Aufwallung nach dem Mord an Walther Rathenau wollte Reichpräsident Friedrich Ebert als Oberbefehlshaber der Reichswehr aber mit der Einführung der Nationalhymne – bezeichnenderweise ebenfalls ihrer dritten Strophe – die einigende Kraft eines Symbols, das in der Bevölkerung verankert war, für eine republikanische Mobilisierung nutzen. Er verkündete:

„Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Munde des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck. (...) Sein Lied, gesungen gegen Zwietracht und Willkür, soll nicht Missbrauch finden im Parteikampf (...) soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalistischer Überhebung. (...) In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein. (...) Der feste Glaube an Deutschlands Rettung und die Rettung der Welt soll uns nicht verlassen.“

Schon Ebert empfand das Dilemma, mit dem knapp dreißig Jahre später Adenauer und Heuss konfrontiert waren: Die Hymne bot offensichtlich Anknüpfungspunkte für aggressiv nationalistische Strömungen, auch wenn sie von ihrem Autor nicht so gemeint war und auch ihr Ursprungskontext nicht in diese Richtung deutete. Sie hatte – dennoch oder gerade wegen dieser Zweideutigkeit? – über die Jahre hinweg eine Popularität erlangt, die es den Anhängern des jeweiligen Neuanfangs verwehrte, sie zu ersetzen. Das zeigt, wie viel Kontinuität an Personal und Symbolen auch bei grundlegenden Regimewechseln gebraucht wird. Statt die jungen Demokratien mit einer eigenen, auf sie zugeschnittenen Hymne auszustatten, hofften die demokratischen Politiker Weimars und Bonns auf die Kraft des einigenden Symbols, die auf längere Sicht für die Republik arbeiten würde. Im Falle der Weimarer Republik hat diese Hoffnung getrogen.

Doch was hatte der Autor Hoffmann von Fallersleben mit seinem Lied ursprünglich gemeint? Bildet unsere Nationalhymne noch heute einen Anknüpfungspunkt, der uns unmittelbar etwas zu sagen hat, aus dem wir für unser Zusammenleben lernen können? Oder ist das Lied nur noch ein historisches Relikt, das wir mit uns herumschleppen? Was meinen wir, wenn wir unsere Hymne singen? Meinen wir überhaupt etwas dabei? Kann sie uns für die Zukunft Orientierung geben?

Fakt ist, dass das Lied, welches Hoffmann von Fallersleben 1841 auf der Insel Helgoland dichtete, einer freiheitlichen und demokratischen Denktradition entsprang. Es sprach den Geist des Vormärz', der ersten breit angelegten Demokratiebewegung in Deutschland, die 1848 hier in der Paulskirche ihren eindrucksvollen Höhepunkt fand. Hoffmanns Leben selbst zeigt, dass er damals in klarer Opposition zur Monarchie stand. 1842, ein Jahr, nachdem er das Deutschland-Lied verfasst hatte, wurde er von der preußischen Regierung pensionslos seiner Professur in Breslau enthoben. Ein Jahr später verlor er sogar die preußische Staatsbürgerschaft und wurde ausgewiesen.

Aus dem Deutschland-Lied spricht also Wunsch nach verfassungsmäßiger, sprich: rechtsstaatlicher politischer Freiheit, nationaler Einheit und nach Volkssouveränität. Und das durchaus im Geiste internationaler Völkersolidarität. Die räumliche Erstreckung in der ersten Strophe: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ markierte Hoffmanns Vorliebe für die so genannte großdeutsche Lösung. Sie strebte danach, Österreich in die nationale Einigung einzubeziehen und alle Menschen deutscher Zunge auf diese Weise in einem Staat zu vereinigen. Daher auch die Entscheidung für die Haydn-Melodie, die doch als österreichische monarchistische Hymne „Gott erhalte Franz den Kaiser“ durchaus eine Gegenposition gegen die republikanischen Ideen popularisieren wollte. Hoffmann von Fallersleben war nicht für einen radikalen republikanischen Bruch. Eine gewisse Unklarheit lag auch darin, dass seine deutsche Einheit angesichts des österreichischen Vielvölkerstaats auch Menschen nicht deutscher Zunge eingeschlossen hätte.

Das verweist allerdings nicht nur auf die Unentschlossenheit Hoffmann von Fallerslebens, sondern ganz allgemein auf die Schwierigkeit der Debatte über die deutsche Einigung, für die im 19. Jahrhundert keine friedliche und dauernde Lösung gefunden worden ist. Die Erinnerung an die heftigen und zum Teil verzweifelten Auseinandersetzungen um die Herbeiführung der deutschen Einheit kann uns vor Augen führen, wie viel glücklicher unsere heutige Situation in dieser Hinsicht ist, wo wir

als Deutsche gemeinsam in einem einigen und demokratischen Staat leben. Es geht uns also besser, jedenfalls wenn uns die deutsche „Einigkeit“ als Wert noch wichtig ist. Doch ist sie das? Wollen wir sie wirklich und tief aus unserem Herzen heraus?

Weshalb lag denn Hoffmann an der „Einigkeit“? Es heißt, er wünschte sie wie seine Vormärz-Freunde, um die Kleinstaaterei zu überwinden. Richtete sich das gegen die geistige Borniertheit, die in Deutschlands Mini-Monarchien den Ton angab? Gegen ökonomische Zollfesseln? Ging es um politische Selbstbestimmung, die Hoffmann sich nur als nationale denken konnte, weil nur sie von dynastischer Willkür zu befreien vermochte? Offenbar galt ihm politische Selbstbestimmung, wie die dritte Strophe sagt, als „Unterpfand des Glückes“. Sehen wir heute auch noch einen Zusammenhang zwischen politischer Freiheit und Glück? Verteidigen wir sie engagiert gegen Fremdbestimmung, woher sie auch rühre? Es hat nicht immer den Anschein.

Um aus unserer Nationalhymne Orientierung zu gewinnen, ist die Antwort auf die Frage aber wichtig. Ich will meine Antwort zur Debatte stellen. Zunächst durch einen nochmaligen Blick auf die Geschichte und auf die schwierigste Passage des Liedes. Denn was bedeutet Hoffmans provozierendes „über alles“ in der ersten Strophe? Soll Deutschland sich erheben über alle anderen Völker, wie dies im Nationalsozialismus ja tatsächlich geschah? Wohl nicht. Über die Enge von Partikularinteressen und Provinzialismus? Und so zu einem deutschen Gemeinwohl finden?

Soweit wir das rekonstruieren können, stand Hoffmann und seinen Vormärz-Freunden die *politische* Einigung als Bedingung dafür vor Augen, überhaupt in Freiheit und Recht leben zu können. Dazu reichte die kulturelle, die sprachliche Einheit, die die Deutschen zu jener Zeit miteinander verband, nicht. Wir Nachgeborenen haben aus der Geschichte gelernt, dass die Trennung der kulturellen von der politischen Freiheit, die Konzentration der Freiheit auf die Innerlichkeit für die spätere

Errichtung einer deutschen Demokratie in der Tat eine erhebliche Belastung darstellte; dass die Trennung der Kultur von der Politik, die im Bürgertum vielfach mit einer bis heute nachwirkenden Geringschätzung von Politik einher ging, insbesondere dem Bildungsbürgertum bis ins 20. Jahrhundert hinein die Chance genommen hat, sich in die Verantwortung für das politische Gemeinwohl einzuüben. Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“, die diese Trennung noch ganz am Ende des Kaiserreiches demonstrieren, geben Zeugnis davon, auch wenn Thomas Mann selbst sich schließlich zum „Vernunftrepublikaner“ durchgerungen hat.

Insofern ist Hoffmann von Fallersleben im nachhinein Recht zu geben: Die politische „Einigkeit“, damals: die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates auf der Grundlage der Volkssouveränität wäre die entscheidende Bedingung für rechtsstaatliche politische Freiheit gewesen. Die 1871 von Bismarck herbeigeführte deutsche Einheit – übrigens die kleindeutsche, ohne Österreich – gründete nicht in der Volkssouveränität, sie kam von oben. Dass Hoffmanns Lied so aggressiv umgedeutet wurde, hatte nicht zuletzt seinen Grund darin, dass es zur politischen Einigkeit in Recht und Freiheit, anders als er es sich gewünscht hatte, nicht gekommen war.

III. Wollen wir Deutsche politische Einigkeit?

Deswegen können wir auch heute für unsere Orientierung bei Hofmann von Fallersleben anknüpfen. Doch tun wir das? Wollen wir heute die politische Einigkeit? Betrachten wir sie als Voraussetzung, um in Recht und Freiheit zu leben? Am drängendsten stellt sich diese Frage wohl mit Bezug auf Ost- und Westdeutschland und die Art und Weise wie wir als Deutsche mit unterschiedlichen Erfahrungen und Prägungen miteinander leben.

Ehrlicherweise müssen wir wohl bekennen, dass die Westdeutschen, die seit Gründung der Bundesrepublik in Recht und Freiheit leben konnten, dieser westdeutschen „Kleinstaaterei“ nicht generell abgeneigt waren. Ihr Glück hing von der deutschen Wiedervereinigung nicht ab. Die meisten von ihnen hielten sich gewissermaßen schon für genug Deutschland. Für die Mehrheit der Ostdeutschen galt das nicht, was immer man heute über die so genannte Ostalgie sagen mag. Denn Recht und Freiheit waren für die Ostdeutschen nur über das Vehikel der politischen „Einheit“ zu gewinnen. Die Idee zweier freiheitlicher deutscher Staaten auf Dauer blieb eine künstliche Schimäre, was auch der DDR-Führung klar war. Deshalb war für diese anders als für Polen oder Ungarn eine freiheitliche Politik so gefährlich, weil sie stets mit dem Risiko der Selbstaufgabe der DDR verbunden war. „Wir sind das Volk“ als Ausdruck demokratischer Volkssouveränität ging 1989 gleichsam unvermeidbar in „Wir sind *ein* Volk“ über und bestätigte diese Befürchtung. Auch West-Berlin war als freiheitliche Insel in der DDR zu künstlich, um dauerhaft überlebensfähig zu sein. Da ich in West-Berlin aufgewachsen bin, weiß ich wovon ich rede. Politische „Einheit“ blieb für die Berliner in Ost und West das Ziel, um der Freiheit und des Rechtes willen. Aber sind „Einigkeit“ und „Einheit“ dasselbe? Was eint uns Deutsche seit dem 3. Oktober 1990? Auf den ersten Blick können wir sagen: Wir haben ein gemeinsames Staatsgebiet, eine gemeinsame Staatsangehörigkeit, eine gemeinsame Verfassung, eine gemeinsame Sprache. Nach Aristoteles klassischer Definition reicht das für ein politisches Gemeinwesen nicht aus. Nötig ist zusätzlich ein gemeinsamer politischer Wille, der Wille, gemeinsam politisch zu leben und zu handeln.

IV. Gemeinsamer Wille in einer pluralistischen Demokratie: Grundkonsens

Haben wir im vereinigten Deutschland einen solchen gemeinsamen politischen Willen? Und worauf sollte, worauf kann er sich überhaupt beziehen? Doch wohl nicht auf alle Abstimmungen im Parlament – wir leben ja in einer pluralistischen Demokratie mit faktischen und auch legitimen unterschiedlichen Interessen, die sich auf materielle wie auf ideelle Dinge richten können. Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie mit einer gewollten Vielfalt von Parteien. Die legitimen Unterschiede zwischen ihnen sind zugleich Bedingung unserer Freiheit. Sie dokumentieren sich in unterschiedlichen Voten und oft langwierigen Prozessen im Parlament. Schon diese Folge unseres Pluralismus mögen viele nicht, weil sie die sachlichen politischen Unterschiede hinter den persönlichen Polemiken nicht mehr erkennen können. Es gibt Ausnahmen wie in allerjüngster Zeit in der Finanzkrise. Wenn alles auf dem Spiel zu stehen scheint, wenn es „ums Ganze geht“, dann wissen wir offenbar über Parteigrenzen hinweg: Wir müssen schnell gemeinsam und gemeinwohlverpflichtet handeln. Nicht nur in Deutschland, sondern in Europa, ja global. Dieses Ganze ist aufgrund der faktischen gegenseitigen

Abhängigkeit im 21. Jahrhundert aber offenbar nicht mehr allein das „Vaterland“. Ist es deshalb überflüssig geworden? Haben und brauchen wir noch den Willen, gemeinsam in Deutschland zu leben und politisch zu handeln?

In den letzten Jahren konnten in der Tat Zweifel darüber aufkommen, ob der Mehrheit der Deutschen an gemeinsamer deutscher Politik noch lag – sowohl in Bezug auf den Unterschied zwischen Ost und West, als auch mit Blick auf die Konkurrenz des Weltmarktes, die Politik überflüssig zu machen schien. Die Finanzkrise hat uns jedoch eindringlich an die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens erinnert. Sie hat uns gezeigt, dass Einigkeit von Vorteil ist, weil wir alle mehr davon haben, weil wir aufeinander angewiesen sind, weil wir unsere Freiheit und Sicherheit nur gemeinsam gewinnen können, auch und gerade in unserem Staat, der für die Gemeinsamkeit steht.

V. Vertrauen als entscheidende Ressource für einige Politik

Denn die entscheidende Bedingung dafür, einen Weg aus der Krise zu finden, ist die Erneuerung des Vertrauens zwischen der Gesellschaft und der Politik, also jenen Frauen und Männern, die Wahlämter inne haben. In allen Umfragen kommt als nächstliegender Vertrauensträger der Nationalstaat, kommen die nationalen Politikerinnen und Politiker in Betracht. Im europäischen Verein zwar und weltweit möglichst abgestimmt. Aber das Vertrauen richtet sich zunächst spontan auf den Nationalstaat als den Ort der existenziellen Zugehörigkeit und der erwarteten Aktion. Er behält also seine – gerade auch emotionale – Bedeutung, und dies unabhängig von den berechtigten Zweifeln daran, ob er denn angesichts der ökonomischen Globalisierung die Erwartungen, die an ihn gerichtet sind, als einzelner, unabhängig für sich, überhaupt noch erfüllen kann. Auf die Ressource solcher vertrauensvollen nationalen Zugehörigkeit können wir jedenfalls nicht verzichten. Aber wir werden sie angesichts der zunehmenden Vielfalt in unserer Gesellschaft neu begründen müssen.

Denn ein Mangel an Vertrauen besteht ja nicht nur zwischen Gesellschaft und Politik. Bei Lichte betrachtet rührt dieser nämlich aus einem Mangel an Vertrauen innerhalb der Gesellschaft selbst: zwischen den Banken, gegenüber der Wirtschaft, überhaupt gegenüber den wichtigen Entscheidungsträgern, gegenüber den Ärzten, gegenüber der Wissenschaft, gegenüber den Schulen, gegenüber den muslimischen Nachbarn, gegenüber neuen fundamentalistischen christlichen Initiativen, gegenüber einem neuen aggressiven Atheismus, gegenüber den Arbeitslosen, die angeblich gar nicht arbeiten wollen, gegenüber den Fremden, die wir nicht verstehen. Man könnte die Reihe eine Weile fortsetzen. In unserer Gesellschaft herrscht viel Misstrauen und Vorurteilsbereitschaft. Wir müssen uns deshalb alle, jeder an seiner Stelle, daran beteiligen, neues Vertrauen zu schaffen.

Das ist nicht einfach. Denn mit Blick auf eine glückliche Zukunft wird es darauf ankommen, unser vertrauensvolles Zusammenleben, unsere nationale Zugehörigkeit und Loyalität nicht nur zu erneuern, sondern sie zugleich mit den neuen durchgreifenden Veränderungen zu vereinbaren, die sich faktisch und auch gefühlsmäßig aus der ökonomischen Globalisierung und der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeit ergeben. Die Nationalstaaten werden sich mehr und mehr in größeren

Einheiten wie die EU integrieren, ihr Einfluss auf die global agierende Wirtschaft wird deutlich abnehmen und die mit der Globalisierung einhergehenden Wanderungsbewegungen werden unser Volk wie alle anderen Völker in erheblich „buntere“, vielfältigere Gesellschaften verwandeln. Aus: „Wir *sind ein Volk*“ wird, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, werden: „Wir *vereinigen uns zu einem Volk*, und zwar immer erneut durch gemeinsames politisches Handeln, woher wir auch kommen und wozu wir uns auch bekennen!“ Das wird freilich nicht von alleine passieren. Unser Land braucht in dieser veränderten Situation zur Stärkung gemeinsamen Handelns mehr innere Brücken, die Zusammengehörigkeit schaffen. Wenn wir nicht mehr über *eine* Identität sprechen können, sondern vielfältige Identitäten in den Blick nehmen müssen – ostdeutsche, westdeutsche, migrationsgeprägte und nicht zuletzt diejenigen von Heimatvertriebenen –, dann gibt es auch nicht mehr selbstverständlich *eine* Realität. Es braucht dann Instanzen in der Gesellschaft, die diese unterschiedlichen Lesarten zusammenführen und zu einem modernen deutschen Selbstverständnis verdichten, das einerseits plural ist, andererseits aber das Verbindende und Gemeinsame betont und bestärkt. Es bedarf der Moderation der unterschiedlichen Diskurse und Lebenswelten, die unsere Gesellschaft heute ausmachen. Ziel wäre es demnach, nationale Gemeinsamkeit innerhalb eines zusammenwachsenden Europas immer neu herzustellen. Das geht nur, wenn wir in Freiheit handeln können. Deswegen heißt es in Zukunft nicht mehr: Von der Einigkeit zur Freiheit, sondern: durch politische Freiheit zur Einigkeit – das ist der Weg.

Was kann das heute heißen? Wie können wir zur Einigkeit gelangen und worin kann unsere „Einigkeit“ trotz größerer „Buntheit“ in Zukunft liegen? Wobei diese „Buntheit“ sich nicht nur auf die so genannte ethnische Herkunft und auf unterschiedliche religiöse Bekenntnisse bezieht, sondern eben ganz allgemein auf die größere Differenzierung und Individualisierung in unserer Gesellschaft, die spätestens seit dem 19. Jahrhundert eine langfristige Entwicklung der Moderne darstellt.

VI. Einigkeit in Vielfalt

Unser wohl wichtigster Bezugspunkt für gemeinsames politisches Handeln ist unsere Verfassung, unser ursprünglich mal als bloßes Provisorium verabschiedetes Grundgesetz. Weil die Verfassung so wichtig ist, gab es 1989/90 bei der deutsch-deutschen Vereinigung den durchaus verständlichen Wunsch, dieses Grunddokument unserer „Einigkeit“ noch einmal gemeinsam zu beraten und zu beschließen. Eine Volksabstimmung über das nun gemeinsame Grundgesetz hätte damals die Chance einer größeren Anerkennung der DDR-Bürger und durch sie geboten. Dass es nicht dazu kam, lag wohl vornehmlich an der Sorge davor, dass das Grundgesetz in einer Volksabstimmung in West und Ost nicht die Zustimmung erreichen würde, die es gleichsam „ungemessen“ im Laufe der Jahre als demokratische Autorität in Westdeutschland erworben hatte. Hier waren wir wohl in Sachen „Einigkeit“ zu kleinmütig. Richard Schröder weist allerdings darauf hin, dass die einzige frei gewählte Volkskammer der DDR mit Zwei-Drittel-Mehrheit für den deutsch-deutschen Einigungsvertrag und damit für die Übernahme des Grundgesetzes gestimmt hat.

Interessant scheint mir nun, dass das Grundgesetz auf die uns bewegende Frage nach dem Verhältnis von Vielfalt und Einheit höchst innovative Antworten bereit hält, da es diese in den Bezugsrahmen der freiheitlichen, rechtsstaatlichen, sozialen und pluralistischen Demokratie einordnet. Der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel, der in den 1930er Jahren in die USA emigrieren musste, hat nach dem Zweiten Weltkrieg als Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin engagiert Generationen von Studierenden mit Realismus, Witz und Scharfsinn für die Demokratie begeistert. Ihm ging es darum, eine plausibel durchdachte Vermittlung zwischen der Einheit staatlichen Handelns und der faktischen und legitimen Pluralität der Gesellschaft, der Vielfalt ihrer Interessen und Wertüberzeugungen zu begründen. Aus dieser Pluralismustheorie ist bis heute der Hinweis grundlegend, dass demokratische Politik einen Grundkonsens braucht, um den notwendigen und ebenso legitimen politischen Konflikt im Einzelnen durchzufechten und lebendig zu halten. Faktisch vermisste Fraenkel in der Bundesrepublik der 1950er Jahre den fundierten Streit, der in der demokratischen Tradition des Liberalismus dazu beitragen soll, Machtmissbrauch zu verhindern und die bestmögliche, am Gemeinwohl orientierte Lösung zu finden. Denn ohne Streit werden die Vor- und Nachteile einzelner politischer Vorschläge nicht sichtbar. Das Ziel des Gemeinwohls kann nicht von oben bestimmt, es muss im Streit ermittelt werden. Ohne Streit kommen wir also auch nicht zu einer substantziellen Einigkeit!

Ich habe den Eindruck, dass wir heute diese positive Rolle des Streits in der Sache nicht mehr ernst nehmen. Häufig pervertieren wir ihn zum persönlichen Schlagabtausch, oder wir bauen Pappkameraden auf und reden an einander vorbei, so dass sich die Öffentlichkeit desinteressiert abwendet. In dieser Abwendung scheint oft eine untergründige Sehnsucht nach „Führung“ auf, die in der autoritären Tradition des Obrigkeitsstaates verankert ist und bis heute fortlebt. Oft ohne dass wir es wissen oder merken. Dem müssen wir dringend entgegenwirken; durch einen neuen Anlauf zum sachlichen Streit, vor allem aber dadurch, dass die Bürgerinnen und Bürger sich daran beteiligen, ihn öffentlich mit führen und nicht den sogenannten Berufspolitikern überlassen! Zur *Einigkeit* des demokratischen Grundkonsenses gehört die Zustimmung zum sachlichen Streit im Interesse des Gemeinwohls, nicht seine Diskreditierung als Parteiengezänk, nicht die Sehnsucht nach einem, der sagt, wo's langgehen soll. Wir brauchen also mehr Streit in der Sache, um uns in der Substanz besser zu verstehen.

VII. Recht und Gerechtigkeit

„Einigkeit und *Recht* und Freiheit“: Besonders wichtig ist in der freiheitlichen Demokratie der Streit für den Grundkonsens über unser gemeinsames Rechts- und Gerechtigkeitsverständnis. Das heißt zunächst engagiertes Eintreten für den Rechtsstaat, auch dort wo er unserem spontanen Verständnis von Gerechtigkeit nicht entspricht, weil ein Gericht zum Beispiel die Entlassung einer langjährigen Kassiererin wegen einer Bagatelle bestätigt. Die allgemeine Aufregung über dieses Urteil zeigt zugleich, wie sehr die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats davon abhängt, dass Richter wie Anwälte, die dem Recht dienen sollen, ihn glaubwürdig praktizieren. Viele tun das und müssen dabei auch gegen einen „Volkszorn“ halten, der nicht nur von Gerechtigkeit, sondern von Rachegefühlen gespeist ist, die der Rechtsstaat gerade zivilisieren muss.

Diese Aufgabe der Zivilisierung und der Wahrung individueller Bürgerfreiheit hat der Rechtsstaat auch gegenüber Versuchungen der politischen Exekutive, Sicherheit gegen Freiheit auszuspielen und dabei die Freiheit in Frage zu stellen. Wir müssen uns heute fragen, ob die demokratische und rechtsstaatliche Grundentscheidung, bei allen Bürgern von der Unschuldsvermutung auszugehen, zum Beispiel bei den Antiterrorgesetzen noch voll beachtet wird. Sätze, die wir manchmal hören, wie: „Wer nichts zu verbergen hat, braucht nichts zu befürchten“ scheinen auf den ersten Blick plausibel, bezeugen vielleicht ein Grundvertrauen in unseren Staat; vielleicht aber auch eine Schnüffel- und Unterwerfungsbereitschaft, die der rechtsstaatlichen Demokratie entgegensteht und den Bürgern unter der Hand die Beweislast für ihre Unschuld aufbürdet. Dann sind wir auf der schiefen Ebene. Aus unserem freiheitlichen Rechtsstaat darf kein „fürsorgender“ Präventivstaat werden, der die Bürger prinzipiell unter Verdacht stellt. Hier bedarf es auch in Zukunft einer großen Sensibilität dafür, dass Freiheit die Grundlage unseres Zusammenlebens ist.

Daraus folgt für uns: Der Rechtsstaat richtet an uns alle als Bürger hohe Ansprüche: er fordert von uns, immer wieder nachzudenken und Toleranz zu üben. Dem müssen wir gerecht werden. Wir dürfen ihn nicht einfach als Sache der Berufspolitiker oder der professionellen Juristen betrachten. Denn ohne ihn sind der Willkür und der Unterdrückung Tür und Tor geöffnet. Die einfache Begründung dafür lautet: Rechtsstaat beruht auf Machtteilung. Ohne sie geben Menschen der Versuchung nach, sich anderen zu unterwerfen, sie willkürlich zu behandeln, sie zu schikanieren. All das kommt auch im Rechtsstaat vor, er bietet dagegen keine Garantie. Aber er bietet die beste Chance, gegen Unrecht anzugehen. Es ist unsere Aufgabe als Bürger, über seine angemessene Ausübung zu wachen. Ein demokratischer Rechtsstaat ist ohne Bürgerengagement nicht zu machen.

Recht heißt aber mehr als Rechtsstaat. Das spüren wir jeden Tag, wenn wir uns über Ungerechtigkeit ärgern. Recht verlangt über die Institution Rechtsstaat hinaus, dass die Bürger in einem demokratischen Gemeinwesen Gerechtigkeit für alle aktiv wollen, sie nicht nur desinteressiert oder zähneknirschend hinnehmen. Sonst bricht unsere Gesellschaft auseinander. Deshalb ist der Grundkonsens über Gerechtigkeit so wichtig. Er ist nie ein für allemal gegeben, sondern muss in den politischen Einzelentscheidungen immer erneut errungen werden. Freilich besteht eine Chance dazu nur, wenn eben allen Bürgern, auch den wohlhabenden, an Gerechtigkeit gelegen ist, wenn sie unser grundgesetzliches Prinzip, dass wir den Sozialstaat sein wollen, wirklich bejahen – und ihn nicht nur mit einem Lippenbekenntnis dulden.

In den vergangenen Jahren hatte man zuweilen den Eindruck, dass dieser Wille zur Gerechtigkeit erheblich erlahmt war, sei es mit dem nur vermeintlich plausiblen Argument, dass der globale Wettbewerb sie als politisches Ziel obsolet gemacht habe, dass er überhaupt Politik immer weniger zulasse. Seies, dass man die Forderung nach Gerechtigkeit unter das Stichwort Neid-Debatte stellte. Oder man hinterfragte prinzipiell die Rolle der Gewerkschaften als Repräsentanten der Arbeitnehmer, die als unorganisierte Einzelne den Arbeitgebern machtmäßig unterlegen sind, indem man sie als bürokratische Fesseln wirtschaftlicher Produktivität diffamierte. In der öffentlichen Debatte fielen so wichtige Begriffe wie „Sozialpartnerschaft“ und „antagonistische Kooperation“, die eine Parität zwischen Kapital und Arbeit anstreben, mehr und mehr

unter den Tisch. Lange Zeit hatten sie zum Grundwortschatz der Sozialen Marktwirtschaft gehört.

Die Soziale Marktwirtschaft ist im Übrigen ein gutes Beispiel für einen Grundkonsens, der in politischen Entscheidungen nach durchaus scharfen politischen Kontroversen gefunden wurde und zu einem zentralen Gerechtigkeitsvehikel in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist. Zu ihr gehörte auch die ganz allgemein für die politische Demokratie so wichtige Mitbestimmung als gleiche Freiheit der Bürger zur politischen Entscheidung.

Mehr als zwanzig Jahre deregulierter ökonomischer Globalisierung haben unsere freiheitliche Republik um ihren Grundkonsens über die Notwendigkeit von Gerechtigkeit, grundlegender: von Politik gebracht. Dieser Irrweg stellte sich durch die Finanzkrise so drastisch als Sackgasse heraus, dass der Boden für einen diesbezüglichen Grundkonsens nun wieder bereitet ist. Jetzt muss Deutschland einen neuen Anlauf nehmen!

Freilich können wir nicht einfach in die sechziger Jahre der westdeutschen Bundesrepublik zurückkehren. Wir müssen jetzt Vorschläge für eine ordnungspolitische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung öffentlich debattieren und praktisch umsetzen. Daran sollte sich auch die Wissenschaft beteiligen. Eine globale soziale Marktwirtschaft muss neue Gerechtigkeitsdimensionen – etwa hinsichtlich der Generationen, des Klimas, der Rohstoffe, der Energie – einschließen. Damit würde die nationalstaatlich gegründete soziale Gerechtigkeit in europäische Strategien und eine globale Politik eingebettet und somit auf heute angemessene Weise neu formuliert werden. Zugleich wird unsere nationalstaatliche Zugehörigkeit zur europäischen, ja perspektivisch zur globalen erweitert, was die nationale keineswegs überflüssig oder funktionslos macht.

Aus zwei Erfahrungen haben wir die Unersetzbarkeit wie die Notwendigkeit der Erweiterung unserer nationalen Zugehörigkeit in den letzten Jahrzehnten lernen können. Die erste lautet: Unsere Zugehörigkeiten – wir können sie auch Identitäten nennen – sind nicht kompakt, nicht eindimensional, sondern beziehen sich auf durchaus unterschiedliche Orte, soziale Gruppen und Werte. Sie sind einander nicht hierarchisch zugeordnet, sondern können in Spannung zueinander geraten. Wir sind Schweriner, Mecklenburger, Deutsche, Europäer, Frauen oder Männer, Katholiken, Mütter, Väter oder Kinderlose, Menschen mit Behinderungen, Berufstätige, Parteimitglieder, sind aus unterschiedlichen Ländern eingewandert, gehören unterschiedlichen Konfessionen oder keiner an, sondern vielleicht einem Schachklub. Diese Vielfalt unserer Identitäten hält alle Arten von Konflikten bereit, in uns und untereinander.

Bei Lichte betrachtet war das zur Zeit Hoffmanns von Fallersleben allerdings auch so sehr der Fall, dass eine politische Einigung, dass „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ eben nicht zustande kamen. Die Vielfalt unserer Zugehörigkeiten ist also nichts Neues, aber wir müssen sie jetzt ausdrücklicher miteinander vereinbaren, weil die Welt so eng zusammengedrückt ist. Die große Frage ist: Stört das unsere Zusammengehörigkeit als Deutsche?

VII. Chancen der Vielfalt

Ich möchte behaupten nein. Im Gegenteil. Denn nationale Zusammengehörigkeit, das ist die zweite Erfahrung, wird nicht desto stärker, je enger oder abgeschotteter, sondern je eigenständiger und freiwilliger sie praktiziert wird. Je vielschichtiger die Loyalitäten sind, die wir als Individuen in uns selbst vereinbaren, vereinbaren müssen, um unsere innere Einheit zu bewahren, desto stärker werden wir. Desto besser können wir auch gefühlsmäßig nachvollziehen, was in anderen Menschen vorgeht, desto besser können wir uns mit ihnen verständigen, desto tragfähiger wird der freiheitliche Zusammenhalt, desto erfolgreicher können wir in Deutschland gemeinsam politische Ziele verfolgen, gemeinsam handeln, gemeinsam – im Sinne von Hannah Arendt – Macht entfalten. Diese Macht richtet sich nicht gegen andere, sondern erlaubt uns, zusammen mit anderen unser Gemeinwesen zu gestalten. Wenn wir eine türkische Mutter haben oder einen arabischen Vater, verstehen wir besser, dass Geringschätzung von Türken und Arabern kränkt. Wenn wir religiös engagiert, aber mit einem Atheisten befreundet sind, gelingt es uns eher, die menschliche Brücke zu nicht gläubigen Menschen schlagen.

Neuerdings erkennt auch die Wirtschaft mehr und mehr den Wert der Vielfalt, der „diversity“. Ein zentrales Thema ist hier die Beteiligung von Frauen an den Unternehmensentscheidungen. Auf der Vorstands- und Aufsichtsratsebene sind sie noch völlig unterrepräsentiert. Eine Studie von McKinsey hat festgestellt, dass sich die „Diversity“-Programme der großen Unternehmen positiv auf die Motivation der Mitarbeiter, auf die Kundenzufriedenheit und auf das Image des Firmennamens auswirken. Der Führungsstil von Frauen entspricht überdies den zukünftig auch international wichtigen Fähigkeiten mehr als der traditionelle ihrer männlichen Kollegen, deren Stärke vor allem darin liegt, Einzelentscheidungen zu treffen und Kontrolle auszuüben. Frauen geht es mehr um die Entwicklung und Inspiration ihrer Mitarbeiter, um partizipative Entscheidungsfindung und um die Berücksichtigung von Erwartungen und Belohnungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es zählt sich auch ganz wörtlich aus, wenn sie in den oberen Etagen mitentscheiden. Dann bestünde auch endlich eine Chance, gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchzusetzen.

Der freie Umgang mit Vielfalt schwächt also nicht, sondern stärkt. Viele unterschiedliche Zugehörigkeiten in uns zu vereinbaren, beeinträchtigt unsere Zugehörigkeit zu Deutschland nicht, selbst dort nicht, wo sie z.B. territorial oder national über Deutschland hinaus gehen. Denn Deutschland ist selbst keine autarke Insel im Weltenmeer, sondern politisch eingebunden in die EU, in internationale Abkommen und Organisationen und wirtschaftlich integriert ist es sowieso. Loyalität oder Verantwortung für Deutschland kann heute jedenfalls nicht mehr der Abschottungsdevise „right or wrong my country“ folgen – wenn sie das je konnte –, sondern muss im wohlverstandenen langfristigen Interesse deutsche mit nicht deutschen Prioritäten oder Präferenzen abwägen, möglichst gemeinsame Ebenen und Kompromisse finden. Die gegenwärtige Finanzkrise zeigt uns das nur zu deutlich. Je komplexer unsere eigenen Identitäten, desto bessere Dolmetscher werden wir, desto besser können wir Brücken bauen innerhalb unseres Landes und nach außen, desto effektiver können wir Verantwortung für Deutschland übernehmen. Deshalb dient eine prinzipielle Entscheidung dafür, niemanden auszuschließen, sondern alle einzubeziehen sowohl in

Deutschland als auch in den internationalen Beziehungen unserem Land am besten. Deshalb bietet die Entscheidung zur Einigkeit als Inklusion von Vielfalt das Unterpfand unseres Glückes.

VIII. Durch politische Freiheit zur Einigkeit

Löst sich damit das Deutschsein in lauter innere und äußere Beziehungen oder Brücken auf? Nein, aber was sich bei genauer Betrachtung unserer Welt des 21. Jahrhunderts auflöst, ist eine Sicht des Deutschseins, die einen substanziellen historisch gewachsenen Kern annimmt, der allen Deutschen eigen wäre und aus ihrer quasi biologischen Herkunft rührte. Niemand hat diesen Kern bisher benennen können, auch diejenigen nicht, die verlangen, ein deutsches Leitbild anzuerkennen, um als Deutscher zu gelten. In Frank-Walter Steinmeiers neuem Buch habe ich dazu einen klugen Satz gefunden:

„Die Rede von der ‚Leitkultur‘ ist nicht nur eine vormoderne, sondern eine vordemokratische Legende. (...) Man schafft die kulturelle Pluralität nicht aus der Welt, trägt aber sehr dazu bei, die Unterschiede zu politisieren und zu dramatisieren. Damit beschwören (...) Kulturkämpfer stets das Gegenteil dessen herauf, was sie uns verheißen: Nicht eine gemeinsame Identität als Deutsche, sondern die Eröffnung neuer Fronten im Kampf um kulturelle Vorherrschaft ist die Folge.“

Denn zu Deutschen werden wir, wenn wir uns auf Deutsch verständigen können und uns entscheiden, als Deutsche in und für Deutschland Verantwortung zu übernehmen. Natürlich werden die meisten bisherigen Bewohner Deutschlands einfach als Deutsche geboren, ob sie Verantwortung übernehmen oder nicht, und auch wenn sie nicht besonders korrekt Deutsch sprechen. Sie sind Deutsche auf dem Papier. Aber fühlt sich mit Deutschland verbunden, wer nicht Teil hat an den öffentlichen Angelegenheiten dieses Landes? Identifiziert sich jedwede in Deutschland geborene Person mit in Deutschland geborenen Eltern von vornherein mehr oder substanzieller mit Deutschland als eine eingewanderte türkische Mutter, die sich in Kreuzberg mit anderen türkischen Müttern zusammen tut, um mutig des Nachts Drogen-Dealern das Handwerk zu legen, um türkische wie deutsche Jugendliche zu schützen und den Berliner Bezirk zu einem sicheren Ort zu machen?

Ich behaupte: in Zeiten zunehmend bunter Gesellschaften entsteht emotionale und tragende nationale Zugehörigkeit in dem Maße, wie wir unsere Freiheit praktizieren – nicht nur von der Politik, sondern auch für die Politik. Wie wir uns engagieren für die Regelung öffentlicher Angelegenheiten, wie wir Verantwortung übernehmen für das Gemeinwohl in unserem Land, in unserer Stadt, in unserem Stadtteil. Dadurch erst identifizieren wir uns mit Deutschland, dadurch erst entwickeln wir emotionale Bindungen an unser Land, sonst benutzen wir es vielleicht als Ort, um eigene Vorteile zu gewinnen, und bringen im Übrigen unser Geld ins Ausland, um Steuern zu sparen. Dann sind wir nur „bourgeois“ in unserem privaten Interesse, nicht „citoyen“ als deutsche Staatsbürger.

Warum heißt es in unserer Nationalhymne „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand“? Weil unsere Teilhabe an den politischen Entscheidungen – in der Kommune, im Land oder im Bund, in der Wirtschaft, in der Kultur, im Gesundheitswesen oder in den Schulen – uns die Chance bietet, unsere Freiheit als individuelle Selbstbestimmung zur Mitbestimmung an der Politik und am Recht zu erweitern, nicht nur egoistisch für unser privates Wohl zu sorgen, auch nicht einfach Spielball anonymer Marktmacht zu sein. Glück muss nicht heißen, dass wir uns unaufhörlich glücklich fühlen. Es bedeutet eher, dass unser persönliches Leben und das Geschick Deutschlands glücken.

Unterpfand heißt auch nicht Garantie, aber doch Chance. Und Mitbestimmung bedeutet nicht, dass ich mich einfach durchsetzen kann. Sie verweist mich auf die Kooperation mit den anderen, die besser gelingt, wenn ich dank meiner inneren Brücken auch äußere schlagen kann. Hier schließt sich der Kreis: Komplexe Identitäten, vielfältige Zugehörigkeiten schwächen die deutsche Zugehörigkeit nicht, sondern stärken sie, gerade auch in der Befähigung zum politischen Engagement. In der verantwortlichen Identifizierung mit Deutschland, im politischen Engagement für das Recht, in der Wahrnehmung unserer Freiheit schaffen wir die Einigkeit, legen wir den Grund für Deutschlands Glück und für unseres.

Aber wo bleibt der Stolz, ein Deutscher zu sein? Bedeutet unsere Idee vielleicht eine schlichte Wiederaufnahme des Verfassungspatriotismus, dem oft Abstraktheit und Verkopfung vorgeworfen wird? Bringt uns eine deutsche Zugehörigkeit, die aus politischer Teilhabe rührt, dazu, solidarische Opfer zu bringen für unser Land? Können wir auf politische Teilhabe stolz sein wie auf Beethoven und Mozart? Ja, denn wir beweisen mit unserer Verantwortung zugleich unsere Solidarität. Ja, wir können stolz sein, jedenfalls eher, als wenn wir unser Land aus privater Zurückgezogenheit beobachten. Wenn wir uns durch Teilhabe engagieren, geben wir Deutschland immer auch einen Teil von uns – unsere Zeit, unser Können –, identifizieren wir uns mit dem, woran wir gearbeitet haben, und Identifikation enthält immer auch emotionale Verbundenheit. Ich identifiziere mich nur mit einem Menschen, wenn ich ihm auch zugetan bin. Um unser Projekt Deutschland zu stützen sind wir bereit zum Opfer. Dasselbe gilt für den Stolz.

Wenn unser Stolz aus unserer Teilhabe rührt, ist er, weil wir selbst etwas gegeben haben, allemal besser begründet als der auf Beethoven und Mozart, sogar auf den Sieg unserer Nationalmannschaft – über den wir uns natürlich trotzdem herzlich freuen können. Eigenes politisches Engagement begründet Stolz oder Zufriedenheit jedenfalls allemal besser, als wenn wir unser Selbstwertgefühl dadurch zu stärken versuchen, dass wir uns die Leistungen anderer zuschreiben. Ein verlässliches, selbstbewusstes und gleichzeitig reflektiertes Nationalgefühl entsteht in starken Individuen.

Deshalb wollen wir, dass sich diejenigen, die an unserem Grundkonsens mitarbeiten, in Deutschland zu Hause fühlen können, auch mit ihrem religiösen Bekenntnis und mit Gotteshäusern – selbst wenn diese ein Minarett statt eines Kirchturms haben. Das verstehen übrigens gerade jene gut, die ihrerseits gläubig sind, die nicht den ansonsten indifferent betrachteten Glauben nur instrumentalisieren wollen, um Fremde draußen zu halten. Die Parole „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ hat solches Sich-Zu-Hause-Fühlen zu lange verhindert. Ich frage mich, ob wir heute in der Realität schon

angekommen sind, wenn wir das Wort „Einwanderung“ nach wie vor verschämt vermeiden und den unklarereren, zugleich auch verunsichernden Begriff „Zuwanderung“ oder Migrant verwenden, der eine Offenheit der Entscheidung suggeriert und nur unsere frühere Abwehr verdeckt, mit der wir uns selbst geschadet haben.

Im 19. Jahrhundert haben Nationalstaaten die Anhänglichkeit und Loyalität ihrer Bürger faktisch durch die Organisation wohlfahrtsstaatlicher Sicherheit, durch Kommunikation, durch öffentliche Diskussion gemeinsamer Themen gewonnen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts verband sich das bei Nationalisten und der politischen Rechten mit aggressiver Überheblichkeit gegenüber den Nachbarnationen. Soziale Sicherheit ist für uns Deutsche heute mehr und mehr auf europäische, ja globale Sozial- und Sicherheitsstandards angewiesen. Gerade die Europäische Union muss sich verstärkt darum kümmern, wenn sie ihren Bürgern nicht fremd bleiben will. Das verlangt nach einer öffentlichen europäischen Debatte darüber. Angesichts der Schwierigkeiten, Sicherheit europäisch zu gestalten, wachsen Wünsche, sich wieder in die Festung des Nationalstaats zurückzuziehen. Dies würde zu einer verheerenden Schwächung der Europäischen Union und zu fatalen neuen Gefahren nationalistischer Regression führen, die wir weder riskieren wollen noch angesichts unserer weltwirtschaftlichen Verflechtung riskieren dürfen. Auch deshalb wird und muss unsere deutsche Zugehörigkeit sich mit der europäischen verbinden.

Das Grundgesetz, dessen 60. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern dürfen, hat uns dafür den Weg geebnet. Wir können seinen Vätern und wenigen Müttern von Herzen dankbar sein für diese Verfassung, die eine großartige Autorität gewonnen hat. Gerade Demokratien brauchen Autoritäten, die der Täuschung entgegenwirken, dass die Wahrheit immer bei der Mehrheit liegt. Sie braucht Institutionen – wie das Grundgesetz –, die von allen respektiert werden, braucht Persönlichkeiten, die gegen den Strich bürsten, die zugunsten unserer Grundwerte geistig herausfordern, Zivilcourage ermutigen, Einsichten nicht nur haben, sondern sich auch für sie engagieren. Die nicht autoritär blinde Nachfolge einfordern, sondern zum Zweifeln anregen und damit die Kompetenz der Bürger mehren. Wir sind dankbar für die Autorität unseres Grundgesetzes. Aber der Auftrag bleibt, uns mit Gerechtigkeitssinn dafür einzusetzen, dass sie schließlich auch denjenigen Bürger Ostdeutschlands, die sie noch nicht als ihre Verfassung annehmen können, als Unterpfand von Einigkeit und Recht und Freiheit ans Herz wächst.

IX. Wie wollen wir zusammen leben?

Lassen Sie uns in Deutschland neu beginnen! Wir wollen Freiheit statt der Unterwerfung unter die Kräfte eines anonymen globalen Marktes. Wir werden diese Freiheit nicht mit einem Ruck erlangen, aber mit der sanften Macht kluger Orientierung und Beharrlichkeit. Wir wollen in unserem Land freundlich miteinander leben, die Vielfalt als Chance und Reichtum nutzen, uns nicht misstrauisch und mit Verdacht begegnen, sondern als Bürger, die sich gemeinsam und mit Freude für die öffentlichen Angelegenheiten einsetzen. Wir wollen unsere Gegensätze mit Argumenten austragen, nicht mit persönlichen Beleidigungen. Wir wollen die Kultur der entfesselten Konkurrenz durch eine neue Kultur der Gemeinsamkeit überwinden, für die uns die Natur, wie uns

die Wissenschaft selbst in der Nachfolge Darwins lehrt, durchaus gut ausgestattet hat. Wir müssen uns dazu also nicht verbiegen, sondern nur intelligent und mit Kraft die Verbiegungen insbesondere der letzten Jahrzehnte wieder politisch richten. Wir wollen als Menschen leben, nicht als Leistungsroboter, mit Zeit für unsere Familien, unsere Kinder und unsere Freunde. Ohne immer alles zu berechnen. Darauf können wir unsere Arbeitsbiographien durchaus intelligent einrichten. Gerade in der jetzigen Krise kann Flexibilität der Arbeitszeit solidarisch Wunder wirken. Wir wollen in einem Land leben, in dem die Türen offen stehen können. Wir wollen, dass Einigkeit und Recht und Freiheit wirklich zum Unterpfand unseres Glückes werden!

Der berühmte Soziologe Reinhard Bendix, den die Nationalsozialisten aus Berlin vertrieben haben und der die letzten Jahrzehnte seines Lebens an der Universität Berkeley gelehrt hat, erzählte mir kurz vor seinem Tod, dass er sich immer gewünscht habe, ein Buch zu schreiben, dessen Titel aus nur einem Wort bestünde. Als Titel seines letzten Buches wählte der Emigrant aus Deutschland das Wort „Belonging“ – „dazu gehören“.

Der Weg, nationale Zugehörigkeit und deutsche Einigkeit durch politische Freiheit lebendig zu machen, erlaubt es, auch in der Erfahrung der Globalisierung des 21. Jahrhunderts durchaus noch an Hoffmann von Fallersleben anzuknüpfen. Politische Einigkeit ist als Grundkonsens Voraussetzung für unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat. Sie ist zugleich immer erneutes Ergebnis unserer Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten. Politische Freiheit bietet die Chance, uns mit unserem Land zu identifizieren, es auch zu lieben und unser politisches wie privates Glück darin zu schmieden. Sie schenkt uns den Raum für eine Zugehörigkeit, die sich weder in ängstliche Borniertheit flüchtet noch in Beziehungslosigkeit auflöst. Sie erlaubt uns das Glück reicher und vielfältiger Identitäten, das uns selbst und den anderen nützt. Sie macht das Fenster weit auf für ein helles weltoffenes Deutschland in einem hellen weltoffenen Europa.

Dieses Deutschland wollen wir. Danach lasst und alle streben brüderlich – oder geschwisterlich – mit Herz und Hand!